

WALTER KÖPPING

Vom Standesbewußtsein zum Klassenbewußtsein

Vor 80 Jahren wurde der Alte Bergarbeiterverband gegründet

I

Der Bergbau in Deutschland ist alt. Die Bergarbeitergewerkschaft ist demgegenüber eine noch junge Bewegung. Das hat seine Gründe. Im vergangenen Jahrhundert führten die Technische Entwicklung und der Übergang zu einem privatwirtschaftlichen Bergbau zu großen Erschütterungen, zu einer Verelendung der Bergarbeiter. Dadurch wurden die Voraussetzungen für eine Bergarbeiter-Gewerkschaft geschaffen. Es war allerdings ein schwieriger und ein von Rückschlägen und Enttäuschungen begleiteter Prozeß, bis eine gefestigte und kampffähige Organisation der Bergarbeiter aufgebaut war.

Aus dem Jahr 1302 stammt die älteste Nachricht über Kohlenfunde an der Ruhr. Im Laufe der Zeit wurden in den Ruhrtälern immer mehr Stollenbetriebe angelegt. Dieser Bergbau wurde auf genossenschaftlicher Basis in Kleinbetrieben geführt. Früh schon

nahm sich der Staat des Bergbaus an. So erließ bereits im Jahre 1542 der Herzog Wilhelm von Cleve eine Knappschaftsordnung. Diese Knappschaftsordnung wurde durch König Wilhelm im Jahre 1737 verbessert und die bis dahin regellos betriebene Kohlengräberei durch eine systematische Ordnung der Kohlengewinnung abgelöst. Das geschah insbesondere durch die Einrichtung von Bergämtern.

1766 kommt es dann zur Gründung der Märkischen Knappschaft, der ältesten im Ruhrgebiet. Preußen übernahm das Modell des sächsischen Bergrechts, das sogenannte Direktionsprinzip. Der Bergbehörde oblag die gesamte Verwaltung und Leitung der Gruben, die Regelung der Produktion und des Absatzes. Außerordentliche Bedeutung hatte die Bergbehörde auch für die Arbeitsbedingungen und die soziale Fürsorge im Bergbau. Diese Behörden legten die Löhne fest, regelten die Anstellung und Ausbildung der Bergarbeiter und erließen Bestimmungen über Lohnhöhe und Arbeitszeit.

Die Sonderstellung der Bergarbeiter wurde durch das „General-Privilegium für die Bergleute im Herzogtum Cleve, Fürstenthum Moers und Grafschaft Mark“ vom 16. 5. 1767 bestätigt. Die Bergleute waren privilegiert: Praktisch galt die Acht-Stunden-Schicht, Sonntagsarbeit war verboten, Überarbeit war nur ausnahmsweise erlaubt. Die Bergarbeiter hatten bei Krankheit und Unfall Anspruch auf Lohnfortzahlung, sie besaßen einen Rentenanspruch gegenüber der Knappschaft, und sie waren vom Militärdienst und von den Frondiensten befreit.

Angesichts dieser Bedingungen, die für die im Bergbau Tätigen persönliche Freiheit und soziale Sicherheit bedeuteten, war es natürlich, daß die Bergleute stolz auf ihren Beruf waren und daß sie ein Standesbewußtsein mit eigenen Ehrbegriffen entwickelten. Dieses Standesbewußtsein wurde unter anderem dadurch verstärkt, daß die Bergleute verpflichtet waren, an Sonntagen und zu bestimmten festlichen Anlässen eine Bergmannsuniform anzulegen (das schwarze Tuch und die Mütze mit Federbusch). Zu den Vorrechten der Bergleute gehörte auch, daß sie Waffen tragen durften. Dieses Waffenrecht wurde im Laufe des 16. Jahrhunderts eingeschränkt. Die Waffen durften nur noch als Paradewaffen bei Aufzügen, Bergparaden und Festen getragen werden.

An diesem Beispiel der Sonderstellung der Bergleute wird deutlich, daß die wirtschaftliche und soziale Entwicklung im deutschen Bergbau völlig anders verlief als in den übrigen Wirtschaftszweigen und Berufen. Diese Umstände konnten nicht ohne Folgen bleiben bei der Herausbildung einer Gewerkschaftsbewegung im Ruhrbergbau. Die industrielle Revolution zerstörte die traditionelle Form der Bergbauwirtschaft. Die Stollenbetriebe hatten keine Überlebenschance. Das aber führte nicht nur zu gewaltigen technischen und wirtschaftlichen Veränderungen, das führte auch zur Auflösung der überkommenen Privilegien der Bergarbeiter. Doch das bergmännische Standesbewußtsein erwies sich als zählebig. Es hat lange gedauert, bis sich die Bergarbeiter der neuen Situation bewußt wurden und bis sie daraus entsprechende Konsequenzen zogen, bis sie zu Gewerkschaftsgründungen schritten.

II

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist von den kommenden Erschütterungen nichts zu spüren. Noch immer wurde der Bergbau in Form der Stollenbetriebe geführt und die bergmännischen Privilegien galten uneingeschränkt.

1840 gab es im Bereich des Überbergamtes Dortmund 221 Zechen mit insgesamt 8950 Bergleuten. Das bedeutete im Durchschnitt eine Belegschaft von 40 je Zeche. Die Kohlenförderung betrug damals jährlich 990 000 t. Der Einsatz der Dampfmaschine im Bergbau löste eine neue Entwicklung aus. Im Ruhrgebiet wurde die Dampfmaschine zunächst als Pumpe eingesetzt, später als Fördermaschine. 1835—1838 gelingt die erste Abteufung durch das Deckgebirge hindurch. Dieser Schacht der Zeche Kronprinz in Essen er-

reichte bereits eine Tiefe von 206 m. Nun war der Tiefbau nicht mehr aufzuhalten. Mit dem Tiefbau verbunden aber war die Entwicklung von Großschachtanlagen. Das bedeutete u. a. den verstärkten Einsatz von Privatkapital im Bergbau und Anwerbung von neuen Arbeitskräften. 1860 gab es bereits knapp 30000 Bergarbeiter im Ruhrrevier und im Jahre 1875 schon über 83 000. Die bevorrechtigte Stellung der Knappschaftsgenossen war angesichts dieser stürmischen Entwicklung nicht mehr aufrechtzuhalten.

Mit dem „Freizügigkeitsgesetz“ von 1860 wird der freie Arbeitsvertrag an die Stelle einer staatlichen Regelung der Löhne und Arbeitszeiten gesetzt. Schließlich bringt das Allgemeine Preußische Berggesetz von 1865 „Bergbaufreiheit“, d. h., der Staat zieht sich fast ganz aus dem Bergbau zurück. Die Führung der Betriebe geht auf Privatunternehmer über. Sehr schnell verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen für die Bergarbeiter.

Daß es nicht anders kommen konnte, kann man dem § 3 des vom Preußischen Landtag beschlossenen Freizügigkeitsgesetzes vom Juni 1860 entnehmen: „Die Bergbehörde bestätigt die von den Bergwerkseigentümern für ihre Bergwerke erlassene Arbeitsordnung.“ Bis 1860 erließ die Bergbehörde solche Arbeitsordnungen. Nunmehr kommt es zu einem Diktat der Unternehmer über die Bergarbeiter; es kommt zum Fortfall jeder Sicherung für sie. Aber nicht nur das: Die §§ 17 und 18 des Freizügigkeitsgesetzes verboten jede Arbeiterkoalition und drohten dafür Gefängnisstrafen an.

Heinrich Imbusch schreibt dazu:

„Für die Bergleute hatte die Veränderung der Berggesetzgebung schlimme Folgen. Mit der Einführung des freien Arbeitsvertrages wurde ihre Existenz unsicher und sie gerieten in Abhängigkeit von den Unternehmern. Diese nutzten die ihnen gegebene Macht aus, sie verlängerten die Schichtzeit, zwangen die Arbeiter, Oberschichten zu verfahren, dekretierten die Gedinge, setzten den Lohn einseitig fest und beschnitten dem Arbeiter durch Nullen und Strafen den etwa verdienten Lohn. Dazu kam noch die plötzliche Ausdehnung des Bergbaus, die damit im Zusammenhang stehende größere Gefährlichkeit desselben und die Heranziehung vieler fremder, oft auf niedriger Kulturstufe stehender Arbeiter. Aus den geachteten Bergleuten, welche eine gesicherte Existenz und ihr gutes Auskommen hatten, wurden gewöhnliche Lohnarbeiter.“

Die durch die einseitige Gedingesetzung herbeigeführte Abhetzung der Arbeiter vermehrte die Unfälle. Aus der Knappschaftskasse wurde vielfach ein Mittel zur Unterdrückung der Arbeiter !.“

Die Not der Bergarbeiter kommt in vielen zeitgenössischen Dokumenten zum Ausdruck, so u. a. im Essener Handelskammerbericht von 1874. Dieser Bericht spricht offen davon, daß durch Lohnreduzierungen die Leistungen der Bergarbeiter erhöht werden mußten. Kein Wunder, daß der Hauerlohn von 5 Mark (1873) auf 2,56 Mark (1877) zurückging.

August Schmidt, der spätere Vorsitzende der IG Bergbau, schreibt über diese Notlage in seinen Erinnerungen „Lang war der Weg“:

„Mein Vater war — genau wie mein älterer Bruder und später auch ich — Bergmann, und er bekam damals für eine neunstündige Schichtzeit ganze 2,66 Mark..., nicht selten war es auch noch so, daß der ohnehin karge Lohn durch Fehlschichten weiter geschmälert wurde. So war es dann wohl kein Wunder, daß wir Kinder keine Lederschuhe kannten... Erst nach meiner Jugendzeit lernte ich Butter in der Praxis kennen, sie kostete damals 0,90 bis 1 Mark je Pfund. Was blieb also den Menschen damals übrig? Sie mußten ihre Lebensmittel auf ‚Pump‘ einkaufen²⁾.“

Wie reagierten die betroffenen Bergarbeiter auf diese Verhältnisse? Kämpften sie? Schlossen sie sich zu Gewerkschaften zusammen? Nein.

Die Bergarbeiter damaliger Zeit waren konservativ und königstreu, und sie waren geprägt vom Standesbewußtsein. Sie haben lange Zeit nicht begriffen, was sich in ihrer

1) Heinrich Imbusch, „Arbeitsverhältnis und Arbeitsorganisationen im deutschen Bergbau“, Essen 1908, S. 156.

2) August Schmidt, „Lang war der Weg“, Bochum 1958, S. 9 f.

Umwelt verändert hatte, wie sich ihre Arbeits- und Lebensbedingungen verschlechtert hatten und daß sie folglich ohne Gewerkschaften nicht mehr auskamen. So ist es nicht erstaunlich, daß nach 1865 viele Bergleute Eingaben an die Bergbehörden und Bittschriften an den preußischen König richteten. Aus diesen Dokumenten spricht ein nahezu unbegrenztes Vertrauen in die staatliche Führung. Selbst noch im großen Streik von 1889 setzten viele der kämpfenden Kumpels Hoffnungen auf den jungen *Kaiser Wilhelm II.*, und es ist überliefert, daß in einer großen Streikversammlung die Worte fielen: „Wenn der Kaiser wüßte, wie es zugeht, er würde den Bergleuten schon helfen.“

Die 1872 und 1877 unternommenen Versuche, eine Bergarbeitergewerkschaft im Ruhrgebiet zu gründen, scheiterten. Bei diesen Verbänden sollten alle politischen und religiösen Fragen ausgeschlossen sein. An der Gründung des sogenannten Rosenkranz-Verbandes am 18. 11. 1877 in Essen hatten immerhin 6000 Bergarbeiter teilgenommen. Dennoch mußte später in einem Geschäftsbericht des Bergarbeiter-Verbandes festgestellt werden: „Als das Sozialistengesetz am 1. 10. 1878 in Kraft trat, gab es nicht mehr viel aufzulösen.“

Wie unerhört schwierig die Entwicklung eines gewerkschaftlichen Bewußtseins war, wird durch einen Vorfall aus dem Jahre 1859 unterstrichen: Damals fühlten sich Bergleute verletzt, weil in den Statuten des Oberbergamtes Dortmund nicht mehr vom „Bergmann“ sondern vom „Bergarbeiter“ die Rede war. Nach einem Bericht des damaligen Oberberggrates *Serlo* wehrten sich die Bergarbeiter, „indem sie nicht nur ihre tief gewurzelte Standesehre dadurch angegriffen glauben, sondern auch fürchten, dem Fabrikarbeiter, dem Handarbeiter gleichgestellt zu sein“. In "Wahrheit waren sie den anderen Arbeitern gleichgestellt; sie begriffen es nur noch nicht.

An diesem Vorfall wird deutlich, daß die Bergarbeiter damaliger Zeit sich nicht solidarisch fühlten mit den Arbeitern anderer Wirtschaftszweige. Die Situation im Bergbau war anders; eine Gewerkschaftsgründung war sehr viel schwieriger. Die deutschen Industriearbeiter, die Proletarier, mußten seinerzeit aus ihrer Dumpfheit und Verzweiflung aufgeweckt werden. Man denke an den Aufruf von *Georg Herwegh* von 1864: „*Mann der Arbeit, aufgewacht und erkenne deine Macht,*“

Es ging gewissermaßen darum, ein Klassenbewußtsein aus dem Nichts heraus aufzubauen. Im Bergbau aber mußte zunächst einmal das Standesbewußtsein abgebaut und erst danach ein Klassenbewußtsein herausgebildet werden. Es gab aber nicht nur jene Gruppe von Bergarbeitern, die zuvor die Privilegien gekannt hatten und in ihrem Standesbewußtsein gefangen waren; es gab auch Tausende von Zuwanderern, vorwiegend aus deutschen Ostgebieten. Auch mit dieser Personengruppe ließ sich kaum eine schlagkräftige Gewerkschaftsbewegung aufbauen. Dazu schreibt *Walter Neumann*:

„Es ist dabei begreiflich, daß der ehemalige ostpreußische Landarbeiter durch die Tatsache seiner westlichen Urbanisierung noch nicht dazu gebracht werden konnte, mit seiner dienstherrlichen Gesinnung zum klassenbewußten Arbeiter zu werden. Er bot in seiner Mehrzahl keine Basis für eine straffe gewerkschaftliche Organisation, wie es etwa beim mitteldeutschen Arbeiterum der Fall war³⁾.“

Die Bergarbeiter waren zur damaligen Zeit in Knappenvereinen organisiert. Diese Knappenvereine waren abhängig von den Kirchen. Nur langsam entstanden gegen Ende des 19. Jahrhunderts sogenannte freie Knappenvereine, die der Sozialdemokratie nahestanden⁴⁾.

3) Walter Neumann, „Die Gewerkschaften im Ruhrgebiet“, Köln 1951, S. 31.

4) Siehe dazu Otto Hue, „Die Bergarbeiter“, Band 2, Stuttgart 1913, Seite 278: „In den von konfessionell-kirchlicher Seite ins Leben gerufenen bergmännischen Vereinen überwiegt die Betonung der religiös-sittlichen Erziehung ihrer Mitglieder bei weitem die Erörterung beruflicher Angelegenheiten. Die unter Mitwirkung von Werksbesitzern beziehungsweise ihrer Beamten gegründeten Vereine pflegen vorwiegend die Interessen der Arbeitgeber. Ein Teil der Knappenvereine aber, und zwar sind es meist solche jüngeren Datums, sogenannte „freie“ oder „gemischte“ (umfassend Angehörige beider Konfessionen), haben sich oft rege mit wirtschaftspolitischen Angelegenheiten befaßt.“

Noch in den achtziger Jahren fehlte es im Ruhrgebiet an einer Gewerkschaftsorganisation, obwohl die Zahl der Bergarbeiter inzwischen auf über 100 000 angewachsen war. Noch immer waren das Vertrauen in die Obrigkeit und das Gottvertrauen der Bergarbeiter sehr stark und fast allgemein verbreitet. Nur wenige vorausschauende Bergarbeiter erkannten die veränderten Bedingungen und sie versuchten, ihre Arbeitskollegen zu neuen Erkenntnissen und zu einem neuen Verhalten anzuleiten.

Zu diesen Menschen gehörte der Bergarbeiterdichter *Heinrich Kämpchen* (1847 bis 1912), der erkannte und sagte, daß Gottvertrauen und Vertrauen in die Obrigkeit abgelöst werden mußten von einem Selbstvertrauen der Bergarbeiter. Damals stand die Führung der Bergarbeiterschaft vor der schwierigen Aufgabe, an die Stelle des Standesbewußtseins der Bergarbeiter ein Klassenbewußtsein zu setzen. In vielen Gedichten hat z. B. Heinrich Kämpchen versucht, seine Arbeitskollegen sehend zu machen. So schreibt er u. a. das Gedicht „Weckruf“, das mit den Zeilen beginnt:

*„Mann der Berge, aufgewacht,
ob im Stollen oder Schacht
rüste dich zum Freiheitskampf. . .
Hilf dir selbst, so hilft dir Gott!“*

Typisch ist auch, daß er ein Gedicht mit der Überschrift geschrieben hat: *„Fühlt euch als Klasse“*. Mit Zorn und Enttäuschungen mußten Männer wie Heinrich Kämpchen sehen, daß viele ihrer Arbeitskollegen verblendet blieben und daß sie trotz Not und Unterdrückung an ihrem Standesbewußtsein festhielten. Sie trugen ihre Bergmannsuniformen weiter, feierten Barbarafeste, nahmen an den festlichen Umzügen teil, kurz: Die Tradition hielt sie in Bann.. Aus diesen Erfahrungen heraus schrieb Kämpchen beispielsweise das folgende bittere, anklagende Gedicht:

*„Ernste Fragen.
Ein Trauern faßt mich, seh' ich diese Knappen wie
eine blöde Herde trotten, tappen und sich zu jedem
Mummenschanze stellen, sobald die Pfeifen und die
Hörner gellen. Und zweifelnd frag' ich mich: Sind
sie zu retten, die also spielen noch mit ihren Ketten?
Die keine Spur von Scham darob empfinden, wie
Pudel sich vor ihren Herrn zu winden? — Was ist
zu hoffen noch von diesen Knappen im
Narrenwamse und mit Schellenkappen? Ist nicht der
letzte Funken hier verglommen? Wie soll die Freiheit
totden Seelen kommen? —“*

III

Zum Glück war dieser Pessimismus unberechtigt. Der Durchbruch zur Freiheit für die Bergarbeiter vollzog sich im Jahre 1889. Der größte Streik, den der europäische Kontinent im 19. Jahrhundert erlebte, begann Anfang Mai 1889 in Essen. Dieser Streik, der spontan entstand und dessen Führung auf die Vertreter der Knappenvereine überging, wurde zu einem politischen Lernprozeß der Bergarbeiter.

Dieser Streik führte zu einer Bewußtseinsveränderung. Er brachte viele Bergleute zu der Erkenntnis, daß es ohne Gewerkschaften, ohne Kampforganisation nicht mehr ging-

Der Arbeitskampf, an dem mehr als 90 000 Bergarbeiter beteiligt waren, hätte bei etwas Einsicht der Bergbauunternehmer vermieden werden können. Im März 1889 fan-

den im Ruhrgebiet Versammlungen statt, die sich mit den Kohlepreisen und den Löhnen beschäftigten. Ein Komitee der Bergleute stellte den Grubenverwaltungen eine Liste mit den Wünschen der Bergarbeiter zu. Im Mittelpunkt standen hier die Wiedereinführung der 8-Stunden-Schicht und eine 15prozentige Lohnerhöhung. Die Schlußsätze dieses Briefes zeigen, daß damals die Bergleute noch nicht an Kampf dachten: „Hiermit erlauben wir uns, die Wünsche respektive Bestrebungen der Bergleute einem wohlwollenden Grubenvorstand vorzutragen. Deren friedliche Lösung erwartend, zeichnet im Namen der Bergleute das am 10. März in der Bergmannsversammlung zu Essen gewählte Komitee.“

Die Bergwerksbesitzer verpaßten eine Chance. *Otto Hue*, der Historiker der Bergarbeiterbewegung, hat die Situation und deren Folgen treffend analysiert:

„Den Grubenverwaltungen gingen die Essener Beschlüsse zu, aber die Herren taten jetzt wieder wie 1872, als ob sich die Bergarbeiterbewegung nicht im Ruhrgebiet, sondern auf dem Mond abspielte. Ein wenig Entgegenkommen hätte genügt, die wahrhaftig nicht verwöhnten Arbeiter von dem Äußersten zurückzuhalten, zumal kein einziger der bis dahin bekanntesten Arbeiterführer einem Streik das Wort redete. Aber gar keine Antwort kam, und dadurch geriet der Stein ins Rollen⁵⁾.“

Im Streik wurden alle trennenden Schranken zwischen den Bergarbeitern eingerissen. Es war praktisch ein Generalstreik, und die Trennung in Katholische und Evangelische und Freie (Sozialdemokraten) war vergessen.

Am 5. Mai rückte Militär in das Streikgebiet ein. Bald wurde geschossen und mehrere Bergarbeiter wurden getötet. Am 14. Mai empfing *Wilhelm II.* eine Abordnung der streikenden Bergarbeiter (*Schröder, Bunte und Siegel*). Zwei Tage darauf war eine Delegation der Bergbauunternehmer beim Kaiser. Den Reden des Kaisers kann man ein gewisses Verständnis für die Lage der streikenden Bergarbeiter entnehmen. Er empfahl u. a. den Unternehmern, etwas mehr auf die Arbeiter einzugehen und durch Lohnerhöhungen der Wiederholung eines solchen Streiks vorzubeugen. Nachdem die Bergbauunternehmer in Fragen der Arbeitszeit und der Lohnregelung gewisse Verbesserungen versprochen hatten, nahmen die Bergarbeiter Ende Mai die Arbeit wieder auf.

Immerhin standen am 20. Mai über 70 000 im Streik, am 21. Mai aber waren es nur noch 33 000. Die Unternehmer hielten ihre Zusagen nicht, vor allem wurde entgegen den Beteuerungen eine Verfolgung der Streikführer und aktiven Gewerkschaftsfunktionäre eingeleitet. Die berüchtigten Schwarzen Listen wurden mit neuen Namen gefüllt; darunter befand sich auch der Bergarbeiterdichter Heinrich Kämpchen, der fortan ohne Arbeit blieb. Ab Juni begannen die Gerichte mit harten Aburteilungen zahlreicher am Streik beteiligter Bergarbeiter.

Durch den Streik war die Abhaltung eines Bergarbeitertages, der im Jahr zuvor geplant wurde, verhindert worden; der am 8. Dezember 1867 gebildete freie Knappenverein „Glück Auf“ (er war der erste seiner Art) trat im Dezember 1888 für die Einberufung eines deutschen Bergarbeitertages ein; er sollte im Juni 1889 stattfinden.

Schließlich traten am 18. 8. 1889 in Dorstfeld bei Dortmund 200 Delegierte von 66 Zechen und 44 Knappenvereinen zu einer Delegierten-Tagung zusammen. Dort beschloß man die *Gründung einer Gewerkschaft*, die den Namen erhielt: „Verband zur Wahrung und Förderung der bergmännischen Interessen in Rheinland und Westfalen“. Später nannte man diese Gewerkschaft „Alter Verband“. Diese Gewerkschaft war als *Einheitsgewerkschaft* gegründet worden. Im § 1 des Statutes hieß es u.a.: „Religion und Politik sind in jeder Hinsicht total ausgeschlossen.“ Der Sitz des Verbandes wurde nach Bochum gelegt. Daß diese Organisation nichts mehr gemein hatte mit den früheren Stan-

5) *Otto Hue*, „Die Bergarbeiter“, Band 2, Stuttgart 1913, S. 356.

desorganisationen der Bergleute, ergibt sich aus einer originellen Satzungsbestimmung: „Wer einen höheren Grad als Hauer hat, ist nicht aufnahmefähig.“ Der Monatsbeitrag wurde auf 30 Pfennige festgelegt. Die Gehälter der ersten Gewerkschaftssekretäre betrugen zwischen 80 Mark und 120 Mark im Monat, Referenten bekamen die Eisenbahnfahrt 4. Klasse ersetzt und erhielten 1,50 Mark Spesen.

Aber schon jetzt traten widerstrebende Meinungen hervor. Die erste Generalversammlung am 20. 10. 1889 wurde von der Polizei aufgelöst, nachdem einer der Kandidaten sich als Sozialist zu erkennen gab und die anderen warnte, ihn zu wählen. Am 27. 10. 1889 konnte dann endlich der Vorstand gewählt werden. In ihm waren die verschiedenen politischen Richtungen vereinigt, allerdings überwogen die zur SPD neigenden Gewerkschaftsfunktionäre.

Zunächst entwickelte sich der Alte Verband gut. Die Mitgliederzahlen betrugen: rund 15 000 im Jahre 1889, 58 000 im Jahre 1890. Aber 1891 bereits setzte ein Rückgang ein. Das Jahr 1894 wird zu einem regelrechten Unglücksjahr für den Alten Verband. Eine von der Gewerkschaft gegründete Unterstützungskasse ging ein und ein 1890 gegründeter Konsumverein geriet in Konkurs. Im August 1894 kommt es dann zur Gründung einer Konkurrenz-Gewerkschaft, des „Gewerkvereins Christlicher Bergarbeiter für den Überbergamtsbezirk Dortmund“. Die Mitgliederzahlen des Alten Verbandes sanken. 1894 waren es noch mehr als 10 000 Mitglieder, 1895 nur noch 5000 und 1896 gar nur noch 4420 Mitglieder.

Die Einheitsgewerkschaft schien gescheitert. Offenbar hatte das bergmännische Standesbewußtsein den Streik von 1889 überlebt und es drohte nun die gewerkschaftliche Kampforganisation zu zerstören. Dazu trug unter anderem bei, daß sich die wirtschaftliche Lage besserte, die Kohlenpreise stiegen und damit auch die Bergarbeiterlöhne (so erreichte der Hauerlohn an der Ruhr im Jahr 1900 wieder 4,18 Mark). Durch einige Änderungen der Berggesetze waren 1892 die Übergriffsmöglichkeiten der Zechenbesitzer eingeschränkt worden. Zwar wären solche Berggesetz-Novellen ohne den Arbeitskampf von 1889 wohl kaum zustande gekommen, doch das begriffen viele Bergarbeiter damals nicht.

Erst ein neuer Vorfall öffnete vielen Kumpels die Augen, er zeigte ihnen, daß sie ohne Gewerkschaft schutzlos waren: Auf einer Versammlung des „Gewerkvereins Christlicher Bergarbeiter“ am 3. 2. 1895 in Baukau bei Herne, wollte *Schröder*, der Vorsitzende des Alten Verbandes, das Wort haben. Er wurde vom Vorsitzenden des Gewerkvereins, *August Brust*, aus dem Saale gewiesen. An der Tür geriet er in eine Auseinandersetzung mit einem Polizisten; dieser stieß Schröder zu Boden. In dem folgenden Prozeß beteuerte der Gendarm *Münter*, daß Schröder ihn angegriffen habe, was nicht zutraf; Versammlungsteilnehmer vom Gewerkverein unterstützten den Gendarm. In dem Verfahren, das als „*Meineid-Prozeß*“ in die Bergarbeitergeschichte einging, wurden Schröder und andere führende Funktionäre des Alten Verbandes zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Es war ein politisches Urteil. In ihm offenbarte sich der Machtanspruch des Obrigkeitsstaates. Auf dem Sterbebett gestand später Münter, vor Gericht gelogen zu haben. 1911 kam es zu einem Wiederaufnahmeverfahren. Die Bergarbeiterführer wurden rehabilitiert. Aber 1895 mußten sie ins Zuchthaus.

Dieser Vorfall zeigte den Bergarbeitern, daß sie von der Obrigkeit, der sie einmal vertraut hatten, nichts mehr zu erwarten hatten. Früher hatte der Staat den Bergmann geschützt, jetzt verfolgte er den Bergarbeiter und seine Vertreter. Dieses skandalöse Urteil war Ausdruck der Entschlossenheit des Staates, die Sozialdemokratie und eine freie und kämpferische Gewerkschaftsbewegung zu beseitigen.

Der Versuch, mit solch drakonischem Vorgehen die Gewerkschaftsbewegung zu zerstören, schlug fehl. Es trat eine völlig andere Wirkung ein: Zwar saßen nun die Führer

des Alten Verbandes im Zuchthaus und ständig war auch mindestens ein Redakteur des Verbandes im Gefängnis — aber nun begannen sich die Bergarbeiter um den Alten Verband zu scharen. Es war die Reaktion des „Nun erst recht!“. Der Staat hatte den Bogen überspannt, so wie ihn die Bergwerksbesitzer im Jahre 1889 überspannt hatten. Im Jahre 1897 hatte der Alte Bergarbeiterverband fast 10 000 Mitglieder, 1900 über 30 000 und 1905 schon 105 000 Mitglieder. Es erfolgte zwar 1902 die Gründung einer Polnischen Berufsvereinigung für Bergarbeiter, die bis zu 50 000 Mitglieder erreichte, und es blieb bis zum Jahre 1933 bei der Zersplitterung in Richtungsgewerkschaften. Der politische Durchbruch aber war gelungen, er war nicht wieder rückgängig zu machen. Im zweiten Massenstreik an der Ruhr im Jahre 1905 standen alle Verbände geschlossen zusammen, sie errangen einen Erfolg (der sich u. a. in der Einrichtung von Bergarbeiterausschüssen auf allen großen Schachtanlagen niederschlug). Der Streik 1912 wurde allerdings zu einem Mißerfolg, da der Gewerkverein aufforderte, die Arbeit fortzusetzen.

Es blieb aber dabei: Die Bergarbeiter hatten erkannt, daß die Zeit eines patriarchalisch geführten Bergbaus endgültig der Vergangenheit angehörte. Mit einem Standesbewußtsein war nichts mehr auszurichten. Die Industrialisierung und der Kapitalismus hatten im Bergbau Einzug gehalten. Von 1840 bis 1890 hatte sich im Ruhrbergbau der Übergang vom handwerklichen Kleinbetrieb zum industriellen Großbetrieb vollzogen. Private Unternehmer regierten, sie strebten nach Leistungssteigerung, Kostensenkung, nach Gewinn also. Der Leidtragende war der Arbeiter. Gottvertrauen und Vertrauen in die Obrigkeit konnten keinem Bergarbeiter mehr helfen. Er mußte Vertrauen zu sich selbst fassen. So entstand der Wille, Selbsthilfeorganisationen zu gründen. Nur Solidarität der Bergarbeiter, der Zusammenschluß zu Gewerkschaften vermochte an der Lage etwas zu ändern, sie zu bessern. Der Streik von 1889 hatte in diesem Prozeß eine entscheidende Bedeutung.